

11.06.2020

DPoIG ist entsetzt über Aussage der JuSo Bremen in Folge der Bundestagsabgeordneten Saskia Esken

Die Deutsche Polizeigewerkschaft Bremen (DPoIG) zeigt sich entsetzt über die erneuten Rassismuskritiken aus den Reihen der SPD (hier JuSos) und die Forderung, die Polizei zu entwaffnen.

„Saskia hat Recht - Die Polizei in Deutschland hat ein Rassismusproblem!“, so lautete die Aussage der JuSos Bremen auf ihren sozialen Kanälen.

Darüber hinaus forderten Sie erneut eine Entwaffnung von Polizisten, einem Antidiskriminierungsgesetz analog zu Berlin und ein Quittungssystem bei Polizeikontrollen, um ein racial profiling zu verhindern.

„Es ist schon abenteuerlich, wie sich die JuSo in Bremen einen Rechtsstaat in ihrem Sinne aufbauen möchten“, so André Gudel, erster stellv. Landesvorsitzender der DPoIG.

„Da wird ein pauschaler und haltloser Rassismuskritik über alle Beschäftigten der Polizei geschüttet und zwar in einer Form, die die JuSos eigentlich mit der eigenen Forderung nach einem Antidiskriminierungsgesetz verhindern wollen. Unsere Kolleginnen und Kollegen sind sehr gut ausgebildet und sensibel, was das Thema Diskriminierung angeht. In den Polizeibehörden des Landes Bremen sind Kolleginnen und Kollegen nahezu aller Nationen, aller Religionen und sexueller Ausrichtungen vertreten und arbeiten Hand in Hand. Hier den Rassismus anzuprangern ist das völlig falsche Signal aus der Politik.

Auf der anderen Seite werden alte Forderungen nach einer Polizei ohne Waffen herausgekratzt, die den Schutz der Bevölkerung gerade in der heutigen Zeit gefährden und gerade diese Forderung wird als ‚Vertrauensbildende Maßnahme‘ verkauft.“

Gudel stellte ganz offen die Frage: „Wenn eine Einheit bei einer Demonstration nach dem Willen der JuSos ohne Waffe ihren Dienst versehen soll und es dann zu einer Tat von außen kommt, die das Leben der Demonstrationsteilnehmer akut gefährdet, wie zum Beispiel ein terroristischer Anschlag auf Menschengruppen, wie soll die Polizei dann noch ihrem grundrechtlichen Auftrag nachkommen und die körperliche Unversehrtheit und das Leben der Teilnehmer schützen? Das gleiche gilt für Kontaktpolizisten. Wie soll ein Kontaktpolizist eine Lebensgefahr von sich selbst oder einer anderen Person abwenden, wenn der Täter mit einem Messer oder einer Schusswaffe agiert? Diese Vorstellung von unbewaffneten Polizisten ist jenseits der Realität. Das Vertrauen des Großteils der Bevölkerung in ihre Polizei ist super, ganz im Gegenteil zu manch einem politisch Verantwortlichen.“

Die DPoIG Bremen steht derweil weiterhin für die flächendeckende Einführung eines Distanzelektroimpulsgerätes (bekannt als Taser), welches die JuSos ebenfalls verhindern wollen. „Dieses bietet die Möglichkeit, in Einsatzsituationen, in denen der Gebrauch der Schusswaffe rechtlich einwandfrei wäre, auf letztere zu verzichten und somit Leben zu retten, ohne dabei noch weitere zu gefährden.“ so André Gudel.